



NEWSLETTER



KAS AUSLANDSBÜRO MADRID
FÜR SPANIEN UND PORTUGAL

AUSGABE 32
22. Oktober 2007

Inhalt

- **Seite 1**
- „Gesetz der historischen Erinnerung“ vor der Verabschiedung
- **Seite 2**
- Streit um Legalisierung der aktiven Sterbehilfe weitet sich aus
- Seite 3**
- Justizminister Bermejo will „Friedensprozess“ mit der ETA fortsetzen
- Zapatero lässt Ibarretxe mit seinem Unabhängigkeitsreferendum abblitzen
- **Seite 4**
- Bringt Krise in der ERC die katalanische Regierung zu Fall?
- **Seite 5**
- Wohnungspreise in Spanien steigen weiter
- Portugal: Santana Lopes neuer Fraktionschef der konservativen PSD
- **Seite 6**
- Peter Caruana als Chefminister von Gibraltar wieder gewählt

Newsletter aus Madrid

>> „Gesetz der historischen Erinnerung“ vor der Verabschiedung

Mit dem herannahenden Ende der Legislaturperiode in Spanien – das Parlament löst sich am 31. Dezember 2007 selbst auf – will Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero mit aller Gewalt seine letzten Prestigevorhaben durch das Parlament bringen. Dies gilt insbesondere für das „Gesetz der Historischen Erinnerung“, welches die Geschichte des Spanischen Bürgerkriegs (1936-1939) aufarbeiten und die Opfer der Franco-Diktatur entschädigen soll. Nach heftigen Auseinandersetzungen im Parlament und zahlreichen Widerständen ist es der Regierung nun gelungen, ausreichend Unterstützung für eines der umstrittensten Gesetzesprojekte zu sammeln. Die Verfassungskommission des spanischen Parlamentes gab grünes Licht für eine Abstimmung des Gesetzes am 30. Oktober im Plenum des Kongresses.



Innerhalb der Verfassungskommission stimmten fünf Parlamentsfraktionen für das Gesetz: die Regierungspartei PSOE, die Linkspartei IU-ICV, das katalanische Parteienbündnis CiU, die baskische Regierungspartei PNV und die kanarische Regierungspartei CC. Sollten alle Abgeordneten dieser Fraktionen den Entwurf unterstützen, käme er mit 191 von 350 Abgeordneten auf eine solide parlamentarische Mehrheit.

Völlig überraschend ist auch die PP davon abgerückt, das Gesetz als Ganzes zurückzuweisen. So unterstützte die Volkspartei mehrere Artikel des Gesetzes, darunter die „Entpolitisierung“ des pompösen Franco-Denkmal „Valle de los Caídos“ (Foto). Künftig soll dieses „Tal der Gefallenen“ nicht länger als „Wallfahrtsort“ für alte Franco-Anhänger dienen. Zudem



stimmte die PP der Hilfe für Opfer des Franco-Regimes im Bereich der Renten und der medizinischen Versorgung zu. Diese Punkte beziehen sich ganz speziell auf Witwen und Waisen aus dem Spanischen Bürgerkrieg (1936-1939), Häftlinge des Regimes und Entschädigung für Freiheitsentzug.

Den anderen Teilen des Entwurfs verweigerte die PP genauso wie die katalanischen Linksnationalisten (ERC) die Unterstützung. Hauptinhalte des Gesetzes sind eine explizite Verurteilung des Regimes von Francisco



Franco (Foto), eine Entfernung aller frankistischen Symbole von öffentlichen Orten, sowie eine Null- und Nichtigkeitserklärung der Urteile der frankistischen Sondertribunale. Die PSOE hat dem Gesetzestext in letzter Minute eine völlig neue Bestimmung hinzugefügt. Danach soll den Nachkommen von politischen Flüchtlingen des Bürgerkrieges und der Diktatur die Einbürgerung ermöglicht werden. Das gleiche soll auch für die Angehörigen der „Internationalen Brigaden“ gelten, die auf der Seite der spanischen Republik im Bürgerkrieg gegen Franco kämpften.

Die PP ist über diese Maßnahme genauso wie über fast alle anderen Artikel des Gesetzes entsetzt. PP-Sprecher Jorge Fernández Díaz (Foto) verteidigte die Hal-



tung seiner Partei vor dem spanischen Kongress mit emotionalen Worten: „Das eine der beiden Spanien friert uns wieder einmal das Herz ein“, so der Politiker. Es sei verhängnisvoll, zwischen „guten“ und „bösen“ Opfern des Spanischen Bürgerkrieges unterscheiden zu wollen und zwischen solchen, die eine Entschädigung verdienten und solchen, die keine derartigen Ansprüche hätten.

Sollte das Gesetz auch die letzte parlamentarische Hürde nehmen, wäre es Zapatero gelungen, eines seiner wichtigsten Geset-

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 32 |

22. OKTOBER 2007

www.kas.de/Spainen

zesprojekte durchzubringen. Dieser „Erfolg“ droht jedoch, die spanische Gesellschaft weiter zu spalten. Wegen des kontroversen Inhaltes wird es interessant zu beobachten, welche Abgeordneten welcher Partei wie über das Vorhaben abstimmen werden. Verfassungskommissionspräsident Alfonso Guerra (PSOE) meinte ironisch, dass einige Abgeordnete die Abstimmung unter Umständen „verschlafen“ könnten.

>> Streit um Legalisierung der aktiven Sterbehilfe weitet sich aus

Der Plan der Regierung von Ministerpräsident Zapatero, die aktive Sterbehilfe zu legalisieren, führte in den vergangenen Jahren ein Schlummergehen. Zwar hatte die PSOE das Thema in seinem Wahlprogramm 2004 aufgenommen, doch stellte es sich als zu pikant und brisant heraus, als dass ein Kompromiss hätte gefunden werden können. Die Regierung verfolgte daher ein stilles Begräbnis für die umstrittene Thematik. Ausgerechnet der treue Tolerierungspartner der Regierung, die Linkspartei IU, brachte die aktive Sterbehilfe mit einem parlamentarischen Antrag auf die politische Tagesordnung. Zwar brachten die beiden großen Volksparteien PSOE und PP den Antrag der



IU, der "das Recht auf einen würdevollen Tod" fordert, im Parlament zu Fall, doch brach damit auch der parteiinterne

Streit zwischen Befürwortern und Anhängern der aktiven Sterbehilfe in der Sozialistischen Partei aus. Die auf Vorsicht bedachte Fraktionsführung der PSOE begründete ihre Ablehnung damit, dass die Gesellschaft noch nicht so weit sei, eine solche Rechtsreform zu verlangen. Aber innerhalb der PSOE haben sich namhafte Politiker, darunter Gesundheitsminister Bernat Soria und Justizminister Mariano Fernández Bermejo sowie die Jugendorganisation der PSOE, offen für eine Legalisierung der aktiven Sterbehilfe ausgesprochen. Dies könnte durchaus dazu führen, dass das Thema erneut in das PSOE-Wahlprogramm 2008 aufgenommen werden wird.

Die oppositionelle Volkspartei betrachtet den innerparteilichen Streit der PSOE als Steilvorlage für den Wahlkampf. So kritisierte der forschungspolitische Sprecher der PP, Eugenio Nasarre, in einem Artikel in der ka-

tholisch-konservativen geprägten Tageszeitung „ABC“ die sozialistischen Befürworter der aktiven Sterbehilfe (spanisch: eutanasia). Diese hätten sich in ihrer Argumentation der nationalsozialistischen Propaganda bedient. Nasarre vergleicht dabei Argumentationsmuster der heutigen „eutanasia“-Advokaten mit den Argumenten, welche die Nationalsozialisten in Deutschland benutzt hätten. „Die Befürworter der eutanasia sind direkte Erben der nationalsozialistischen Lehre über Leben und Tod“, so Nasarre (Foto).



Sowohl damals als auch heute argumentiere man, dass „unwürdiges Leben“ nicht gelebt werden solle. Bei diesem Argument appelliere man an die „Menschenwürde“ und an eine „Verfügbarkeit des eigenen Lebens“, wie die Gesetzesinitiative der IU überschrieben ist. Diesen Titel hält Nasarre für „pervers“.

Ein solches Konzept gehe davon aus, dass Menschenwürde selektiv sei und sie die Menschen nicht kraft ihres Menschseins, sondern nur „in gewissen Bedingungen und Umständen“ besäßen. Welche schrecklichen gesellschaftlichen Folgen es mit sich bringe, wenn sich die Ansicht durchsetzt, dass es gut sei, Menschen zu töten, deren Lebensumstände sie des Lebens „unwürdig“ machten, habe man an der „vollkommen degenerierten“ Gesellschaft im Deutschland Adolf Hitlers gesehen, so Nasarre.

So wie damals seien es auch heute die „Kranken, diejenigen, die nicht für sich selbst sprechen können, die Schutzlosen, die Armen und all die, die die Hilfe Anderer brauchen, um zu leben“, deren Lebenswürde in Frage gestellt werde. Hitlers Konzept der „mitleidvollen Tötung“, beispielsweise von geistig Behinderten, von Kindern mit Down-Syndrom oder spastischen Störungen, sei zumindest zu Anfang seiner Anwendung damit erklärt worden, dass man so auf eine „Forderung der Bürger“ reagiere. Eine ähnliche Argumentation benutze die IU in ihrem Gesetzesvorschlag.

Als eine der „Säulen unserer Zivilisation“ sieht Nasarre den hippokratischen Eid an. Dieser besage: „Weder werde ich jemandem ein tödliches Mittel verabreichen, auch wenn ich darum gebeten werde, noch werde ich einen entsprechenden Ratschlag geben.“ Die Nazi-Ärzte hätten diesen Eid mit ihren

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 32 |

22. OKTOBER 2007

www.kas.de/Spainen

unmenschlichen Praktiken auf „haarsträubende Weise verdreht“. Nasarre stellt zum Abschluss seines Artikels die Frage, ob nicht die heutigen Befürworter der „aktiven Sterbehilfe“ diesen Eid in gleicher Weise „beer-digen“ würden.

>> Justizminister Bermejo will „Friedensprozess“ mit der ETA fortsetzen



Für Verwirrung in der Antiterrorpolitik der Regierung sorgt Spaniens Justizminister Mariano Fernández Bermejo (Foto) durch seine Äußerungen im Parlament, er wolle die nach der Aufkündigung des Waffenstillstandes abgebrochenen Verhandlungen mit der baskischen Terrorgruppe ETA wiederaufnehmen. Bermejo erklärte letzte Woche in der Aktuellen Stunde, die vom Parlament 2005 erteilte Erlaubnis zu derartigen Verhandlungen bleibe gültig. Die Gespräche würden fortgesetzt, sobald die Bedingungen hierfür wieder erfüllt seien. Der Friedensprozess sei "unvermeidlich". Der Minister warf der PP vor, als einzige Partei nicht "für den Frieden" zu arbeiten. Dieser könne jedoch nur durch die Einheit der Demokraten erreicht werden und dürfe nicht parteipolitisch instrumentalisiert werden, wie die PP es tue.

Mit seinen Erklärungen setzt der Justizminister ein widersprüchliches Signal zum verschärften Regierungskurs in der Antiterrorpolitik in den letzten Wochen, der unter anderem in der Festnahme eines großen Teils der Batasuna-Führung seinen Ausdruck fand.

Die PP machte in Gestalt ihres Vorsitzenden Mariano Rajoy (Foto) auf diesen Widerspruch aufmerksam und verlangte von Ministerpräsident Zapatero eine Erklärung zu den „unverantwortlichen“ Äußerungen des als linksideologisch geltenden Justizministers. „Die politischen Verhandlungen mit der ETA waren ein Irrtum und würden zu einem noch größeren Irrtum werden, wenn sie erneut geführt würden“, so Rajoy.

Aus dem Regierungssitz „Moncloa“ war bisher keine Stellungnahme zu den Äußerungen Bermejos zu hören. Inwieweit die Erklärung des Justizministers mit Ministerpräsident Zapatero im Vorhinein abgestimmt

worden sind, lässt sich derzeit nicht feststellen. Zumindest hat Bermejo abermals der Volkspartei eine Steilvorlage für den kommenden Wahlkampf geliefert.

>> Zapatero lässt Ibarretxe mit seinem Unabhängigkeitsreferendum abblitzen

Nichts Neues unter der Sonne – so könnte man das Ergebnis des mehrstündigen Treffens am 16. Oktober zwischen dem baskischen Regionalpräsidenten (Lehendakari) Juan José Ibarretxe (PNV) und Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero zusammenfassen. Erwartungsgemäß wurde keine Einigung bezüglich des von Ibarretxe angestrebten Unabhängigkeitsreferendums im Baskenland erzielt. Zapatero erteilte derartigen Plänen eine klare Absage. Es sei „klar wie Wasser“, dass man solch ein Referendum nicht einberufen könne. Die Verfassung sei vor allem anderen zu respektieren und diese lasse diesbezüglich keinen Interpretationsspielraum zu. Zeitungsberichten zufolge spekuliert die PSOE darauf, dass ein Scheitern der Pläne Ibarretxes dem extremen regionalen Nationalismus auch in anderen Regionen Spaniens wie etwa Katalonien, in einer Art Dominoeffekt einen Riegel vorschieben könnte.



Der Lehendakari interpretiert das Gespräch mit Zapatero völlig anders. Es bilde den Auftakt zu einem intensiven Verhandlungsprozess. Er betonte die „Nervosität“, die seiner Meinung nach in Madrid zu diesem und zu ähnlichen Themen vorherrsche. Sein Ziel sei es, einen „politischen Pakt“ zwischen Spanien und dem Baskenland zu erzielen, der auf gegenseitigen Respekt beruhe. Dabei handele es sich um einen „langen Weg“, den beide Seiten zu gehen hätten.

Unterschiedlich reagierten Vertreter der oppositionellen Volkspartei auf das Treffen. PP-Chef Mariano Rajoy lobte Zapatero für seine Aussagen gegenüber dem Lehendakari: „Was er ihm gesagt hat, entspricht dem, was ich ihm gesagt hätte“, so der Oppositionsführer. Weder Ibarretxe, noch die ETA oder die PNV seien in der Position, über die Souveränität des spanischen Staates zu diskutieren. Trotz der Übereinstimmung mit Zapatero habe er dennoch in dieser Frage kein Vertrauen zu dessen Regierung, da der Ministerpräsident in der Autonomiefrage

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 32 |

22. OKTOBER 2007

www.kas.de/Spainen

keine klare Linie verfolge. Rajoy distanzierte sich von pessimistischen Äußerungen Zapateros, wonach das Problem des baskischen Referendums rechtlich kaum zu lösen sei und bemerkte, es gäbe reichlich Instrumente, um dieses zu stoppen. Damit spielte Rajoy eindeutig auf die Verfassung an, die die territoriale Einheit Spaniens festlegt.

PP-Fraktionsvorsitzender Eduardo Zaplana



(Foto) hält Zapateros Antwort auf Ibarretxe für „zaghaft“. Der Regierungschef habe keinen Weg aufgezeigt, wie er gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen vorgehen wolle, die er selbst durch seine kompromissbereite Politik mit verursacht habe. Wenn sich Zapatero nur mit Ibarretxe getroffen habe, um ihn an das zu erinnern, was in der Verfassung steht, hätte er ihm auch einfach eine Kopie der Verfassung per Post zuschicken können, so Zaplana.

PP-Wahlprogrammkoordinator Juan Costa kritisierte das Treffen zwischen Zapatero und Ibarretxe als solches. Man brauche nicht extra eine Unterredung, um dem baskischen Regierungschef eine Absage für ein verfassungswidriges Vorgehen zu geben. Auch die ehemalige sozialistische Europaabgeordnete Rosa Díez, die der neu gegründeten Anti-ETA-Partei UPD vorsteht, sieht den Fehler bei Zapatero. Wenn der Ministerpräsident die Tür für Diskussionen weiterhin weit offen lasse, würde dies von Ibarretxe auch weiterhin ausgenutzt werden, um das Thema auf der Agenda zu halten.

Die katalanische Zeitung „La Vanguardia“ berief sich unterdessen auf Regierungsquellen und versicherte, Zapatero plane kein weiteres Treffen mit Ibarretxe, es sei denn der Basken wolle über etwas anderes als sein Referendum sprechen.

Ibarretxe hingegen wird seine Karten weiter ausspielen müssen, denn sein politisches Überleben im Baskenland hängt davon ab, dass sein Unabhängigkeitsplan auf der politischen Agenda in Spanien bleibt. Jedem in Spanien ist bewusst, dass unter der gegenwärtigen politischen Konstellation eine Unabhängigkeit des Baskenlandes unmöglich ist. Solange die stärkere Zentralregierung in Madrid die schwächere Regionalregierung im Baskenland in die Schranken weist, kann Ibarretxe in die „Opferrolle“



schlüpfen. Aus diesem „David-gegen-Goliath-Verhältnis“ erhofft sich Ibarretxe einen politischen Vorteil bei den nächsten Regionalwahlen, die der baskische Regierungschef jedoch 2008 um ein Jahr vorzuziehen plant. Diese Strategie hat er bereits 2005 mit Erfolg durchgezogen, auch wenn dies ihm beinahe seinen politischen Kopf gekostet hätte.

>> Bringt Krise in der ERC die katalanische Regierung zu Fall?

Innerhalb der katalanischen Linksnationalisten (ERC) toben derzeit heftige Richtungskämpfe, die einem Zeitungsbericht der konservativen „ABC“ zufolge den Fortbestand der katalanischen Drei-Parteien-Regierung (Tripartito) gefährden könnten.

Die ERC will bei ihrem Parteitag am 20. November darüber diskutieren, ob man ein Referendum über eine Unabhängigkeit Kataloniens von Spanien fordern soll. Dieses Vorhaben stößt in der Bevölkerung mehrheitlich auf Zustimmung. Einer Umfrage der katalanischen Zeitung „El Periódico“ zufolge würden zwar nur 33,9 Prozent der Befragten für eine Unabhängigkeit stimmen, allerdings sind 58,6 Prozent für die Abhaltung eines Referendums. Ein solches würde sich am Beispiel der vom baskischen Regionalpräsidenten Ibarretxe vorgeschlagenen Abstimmung orientieren. Die ABC hält es für möglich, dass die ERC als Ergebnis des Parteitages eine nachträgliche Aufnahme einer entsprechenden Forderung in den Koalitionsvertrag mit den katalanischen Sozialisten (PSC) und der gemeinsamen Liste von Linken und Grünen (ICV-Verds) fordern wird.

Die ERC sieht sich momentan mit schlechten Umfragewerten konfrontiert und wird von Personalquerelen erschüttert. Im Hauptaugenmerk der personellen Kritik stehen der Parteivorsitzende Josep Lluís Carod-Rovira (Foto) und Generalsekretär Joan Puigcercós. Beide werden von zwei radikaleren Mitgliedern der Führungsgremiums herausgefordert, Joan Carretero und dem ehemaligen Vorsitzenden der Jugendorganisation des ERC (JERC), Uriel Bertran. Carretero wird als Sprecher der „Unzufriedenen“ betrachtet und gilt als Wegbereiter der Autonomiebewegung innerhalb der ERC. Uriel Bertran



Rovira (Foto) und Generalsekretär Joan Puigcercós.

Beide werden von zwei radikaleren Mitgliedern der

Führungsgremiums herausgefordert, Joan Carretero und dem ehemaligen Vorsitzenden der Jugendorganisation des ERC (JERC), Uriel Bertran. Carretero wird als Sprecher der „Unzufriedenen“ betrachtet und gilt als Wegbereiter der Autonomiebewegung innerhalb der ERC. Uriel Bertran

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 32 |
22. OKTOBER 2007

www.kas.de/Spainen

wiederum plant einen Entwurf für ein Referendum, das spätestens zu den Wahlen im Jahr 2010 abgehalten werden soll. Angeblich soll die ERC eine solche Arbeitsgruppe bereits abgesegnet haben.



Die Forderung nach einem Unabhängigkeitsreferendum sei für den katalanischen Regionalpräsidenten José Montilla (PSOE, Foto) im Angesicht der herannahenden spanischen Parlamentswahlen 2008 nicht zu vermitteln. Deshalb, so ABC, würden innerhalb von ERC die Forderungen lauter, die Pferde zu wechseln und eine Koalition mit dem liberal-christdemokratischen Parteienbündnis CiU anzustreben. Der Chef des Parteienbündnisses, Artur Mas (CDC), hatte sich in den letzten Wochen und Monaten immer weiter in Richtung nationalistische Positionen vorgewagt und möchte zeitgleich mit dem ERC-Parteitag sein Projekt einer „Neugründung des Katalanismus“ vorstellen, welches eine Annäherung an die Linksnationalisten beinhaltet. Der Chef des



christdemokratischen Bündnispartners der CDC, Josep Antoni Duran i Lleida (UDC, Foto), lehnt jedoch eine Zusammenarbeit mit der ERC ab. Mas und er hätten ein „unterschiedliches, ja entgegen gesetztes Verständnis vom Katalanismus“. Die Stimmen innerhalb der CDC, die eine Überprüfung des Paktes mit UDC fordern, werden lauter. Der als radikal-nationalistisch geltende CDC-Generalsekretär Felip Puig sieht den Zeitpunkt einer solchen „Revision“ nach den spanischen Wahlen 2008 für gekommen. Sollte jedoch die „Tripartito“-Regierung durch ERC wirklich auseinander brechen, würden die Karten in der katalanischen Politik gänzlich neu gemischt. Unter anderem wäre dann auch eine große Koalition aus CiU und PSC in Barcelona möglich; eine Konstellation, die die CiU als stärkste politische Kraft vor den Regionalwahlen im November 2006 angestrebt hatte.

>> Wohnungspreise in Spanien steigen weiter

Keine guten Nachrichten hatte der Generaldirektor für Architektur und Wohnungspolitik, Rafael Pacheco, zu vermelden. Demnach sind im dritten Trimester 2007 die

Wohnungspreise in Spanien um 5,3 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres gestiegen. Nichts desto trotz glaubt Pacheco an ein baldiges Ende des Preisanstiegs: „Wir befinden uns in einem Prozess der langsamen Landung der Wohnungspreise“. Den Beginn dieses „Landungsprozesses“ sieht Pacheco im Jahr 2004 und damit ausgerechnet zum Zeitpunkt der Amtsübernahme Zapateros. Durchschnittlich kostet ein Quadratmeter Wohnraum in Spanien derzeit 2.061,20 Euro. Am stärksten stiegen die Preise im letzten Jahr in den Regionen Murcia (10,7 Prozent), Asturien (8,8 Prozent) und Extremadura (7,9 Prozent), während in den Regionen Valencia (4,3 Prozent) und Madrid (3,1 Prozent) der Preisanstieg relativ gering ausfiel. In La Rioja sank der Wohnungspreis sogar um 1,9 Prozent. Das Thema Wohnungsbau und Wohnungspreise wurde in den letzten Wochen und Monaten von beiden großen Parteien als eine der drängendsten Herausforderungen für die Zukunft identifiziert. Es gilt als sicher, dass es auch im nächsten Wahlkampf eine Rolle spielen wird.

>> Portugal: Santana Lopes neuer Fraktionschef der konservativen PSD

Dem ehemaligen portugiesischen Ministerpräsidenten Pedro Santana Lopes (Foto), dessen Regierung in den Jahren 2004 und 2005 lediglich sechs Monate Bestand hatte, ist ein überraschendes politisches Comeback gelungen. Am Donnerstag wurde der konservative Politiker von seiner Fraktion mit 53 Ja-Stimmen zum neuen Vorsitzenden gewählt. Elf Abgeordnete stimmten gegen ihn, während sich acht enthielten. Drei Stimmen waren ungültig. Damit tritt Santana Lopes die Nachfolge von Luís Marques Guedes an, der aufgrund seiner Nähe zum abgewählten Parteichef Luís Marques Mendes sein Amt zur Verfügung gestellt hatte. Zu stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wurden die Abgeordneten Luís Montenegro, Patinha Antão, Pedro Pinto, Hugo Velosa, Virgílio Costa, Ana Manso, Pedro Duarte und José Eduardo Martins gewählt. Die parlamentarische Geschäftsführung übernehmen Maria Ofélia Moleiro und Jorge Tadeu Morgado.



NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 32 |

22. OKTOBER 2007

www.kas.de/Spainen

Die Berufung von Pedro Santana Lopes als Fraktionschef ist die wichtigste Personalentscheidung des neuen PSD-Vorsitzenden Luís Filipe Menezes. Dieser gehört selbst nicht dem portugiesischen Parlament an, weshalb er sich nicht innerhalb der „Assembleia da República“ als Oppositionsführer in Stellung bringen kann. Mit Santana Lopes beauftragt er ein politisch erfahrenes, aber auch kontroverses Schwergewicht mit dieser Aufgabe. Der ehemalige Regierungschef, der der PSD im Februar 2005 eine blamable Wahlniederlage bescherte, gilt als unberechenbar.



Dies stellte er auch auf dem 30. Parteitag der PSD, der am 12. und 13. Oktober in Torres Vedras (nahe Lissabon) stattfand, unter Beweis. Statt wie ursprünglich geplant eine Rede über Gegenwart und Zukunft der PSD zu halten, sagte Santana Lopes seine Rede kurzfristig und ohne Begründung ab. Die portugiesischen Medien spekulierten darüber, er habe durch diesen Verzicht auf eigene Profilierung dem neuen Parteichef Menezes seine Unterstützung beweisen wollen. Menezes selbst kann den Parteitag insgesamt als Erfolg verbuchen. Das von ihm vorgeschlagene neue Parteipräsidium wurde ohne Gegenkandidatur mit 474 von 767 Stimmen gewählt. 293 Parteitagsdelegierte enthielten sich der Stimme. Die sechs Vizepräsidentenposten übernehmen damit die Abgeordneten Zita Maria Seabra, José Mendes Bota, Pedro Duarte Lima, der Unternehmer Luís Fontoura, der ehemalige Minister und Abgeordnete Rui Gomes da Silva, sowie Bürgermeister von Sintra, Fernando Seara. Neuer PSD-Generalsekretär ist José Ribau Estevez, der den letztlich erfolgreichen innerparteilichen Wahlkampf von Menezes geleitet hatte. Er löst damit Miguel Macedo ab, der sich aus der Politik zurückzieht, um sich als Rechtsanwalt zu betätigen.

Im 55-köpfigen PSD-Parteivorstand hingegen verfehlte Menezes mit seiner Liste die absolute Mehrheit. Insgesamt wird das Gremium 20 von Menezes vorgeschlagene Namen umfassen. Die restlichen Mitglieder des Vorstandes verteilen sich auf mehrere konkurrierende Listen. Unter diesen erreichte eine Aufstellung von Anhängern des ehemaligen Parteichefs Marques Mendes mit 17 Gewählten das beste Ergebnis.

In seiner ersten Rede als PSD-Chef auf einem Parteitag machte



Luís Filipe Menezes (Foto) seine Prioritäten deutlich. So versprach er,

sich für eine weitere Kompetenzübertragung vom Zentralstaat auf die Regionen einzusetzen. Im Bildungsbereich fordert er mehr Partnerschaft zwischen öffentlichen und privaten Schulen. Im Gesundheitssystem hingegen will er eine deutlichere Trennung zwischen privater und öffentlicher Vorsorge. Zudem gehört eine Reform des portugiesischen Verfassungsgerichtes zu den Prioritäten Menezes'. Die PSD müsse bereit sein, 2009 Regierungsverantwortung zu übernehmen. Bei diesem großen Ziel brauche man die Erfahrung aller ehemaligen Funktionsträger. Mit den Worten „Niemand wird ausgeschlossen, alle haben Platz in dieser PSD“ versuchte der PSD-Chef die Spannungen der letzten Zeit zu kitten. Er versprach den Delegierten und „allen Portugiesen“, das zu tun, was er „immer getan habe“: „Ich werde so viel wie möglich arbeiten, mein bestes geben und alles tun, um Euer Vertrauen zu rechtfertigen“. Die Zusammensetzung des Parteivorstands spricht jedoch eine andere Sprache. Es ist damit zu rechnen, dass die Auseinandersetzungen zwischen den diversen Parteiflügeln weitergehen.



Indes hat Menezes den EVP-Gipfel am 19. Oktober in Lissabon genutzt, um sich erstmals auf der europäischen Bühne vor-

zustellen. Dabei sprach er sich für ein „starkes und glaubwürdiges Europa“ aus, das „wettbewerbsfähiger und effizienter“ werden muss. Menezes betonte, er unterstütze ausdrücklich den ausgearbeiteten Kompromiss für den EU-Vertrag. Am Rande des EVP-Gipfels kam es zu einem kurzen Zusammentreffen mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (Foto).

>> Peter Caruana als Chefminister von Gibraltar wieder gewählt

Bei den Parlamentswahlen in Gibraltar hat die seit 1996 regierende Gibraltar Sozialdemokratische Partei (GSP) ihre absolute Mehrheit



NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 32 |

22. OKTOBER 2007

www.kas.de/Spanien



Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Auslandsbüro Madrid
V.i.S.d.P: Michael Däumer
Redaktion: Michael Däumer/
Sebastian Grundberger/ Johannes Herz/
Oliver Krumme
Plaza de Castilla, 3, 16-D 2
28046 Madrid, Spanien
Tel: (+34) 91 579 61 86
Fax: (+34) 91 571 86 12
Email: info@fka-madrid.org
Web: www.kas.de/Spanien

knapp verteidigt. Bei einer Wahlbeteiligung von 81 Prozent erhielt die Partei des alten



und neuen Chefministers von Gibraltar, des 51-jährigen Peter Caruana (Foto), 8.333 Stimmen. Für die Gibraltar Sozialistische Arbeiterpartei (GSLP) unter Joe Bossano

stimmten 7.561 Gibraltar. Mit seinem Sieg in der britischen Kronkolonie wird Caruana seine vierte Legislaturperiode antreten. Caruana bekräftigte den Gibraltar-Status damit, dass die anhaltenden Versuche der spanischen Regierung, sich in die Angelegenheiten Gibralters einzumischen, nichts weiter seien als reine „Impertinenz“. Er reagierte damit auf die Kritik der spanischen Regierung auf den Besuch des damaligen britischen Verteidigungsministers Geoff Hoon im Jahre 2004 anlässlich der Feierlichkeiten zum 300. Jahrestag der britischen Kronkolonie. Caruana bekräftigte, es habe sich hierbei um eine rein innerbritische Angelegenheit gehandelt. Weder falle Gibraltar in den Zuständigkeitsbereich Spaniens noch habe Spanien ein Recht auf „Emotionalität“ hinsichtlich der britischen Kronkolonie, kritisierte der Chefminister.